Seiten 1 / 4 und 5
Camp auf dem Weißekreuzplatz
Interview mit Sudanesen

Seiten 9 bis 11
SuedLink
Fakten und Positionen

Seite 12
Städte und Dörfer für die
Zukunft entwickeln

GRÜNE SEITEN
02/2014
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

„Wir rufen, damit uns jemand hört“

Ein Interview mit GRÜNEN Mitgliedern aus dem Camp vom Weißekreuzplatz

Ende Mai diesen Jahres hat eine Gruppe von 40 Sudanesen auf dem Weißekreuzplatz in Hannover ihre Zelte aufgeschlagen. Sie wollen auf ihre Situation als Flüchtlinge aufmerksam machen und protestieren gegen die Begleitumstände der deutschen Asylgesetzgebung. Liam Harrold und Elke Wohlfarth sprachen mit Mohammed Saeed Ismael Maissara und Dr. Mohamed Tag Elsir Hassan über ihre Beweggründe und Forderungen.

Warum habt ihr den Sudan verlassen?

Mohamed: Ich habe in einem Krankenhaus in Khartum als Chirurg gearbeitet, als ich Probleme mit den Sicherheitsbehörden bekam. Damals versorgte ich oppositionelle Demonstranten und zeigte ihnen, wie sie sich schützen und erste Hilfe leisten können. Daraufhin kamen Sicherheitskräfte in meine Praxis und zwangen mich, ein Papier zu unterschreiben, das mir jegliche Teilnahme an Demonstrationen und politischem Widerstand verbot. Im Juni 2012, dem Höhepunkt der Demonstrationen gegen die Regierung, versuchten Mitarbeite staatlicher Sicherheitskräfte, mich mit einem Auto zu überfahren und zu töten. Dabei verletzten sie einen Kollegen von mir. Ende Juni kam die Polizei dann in mein Haus, um mich festzunehmen, doch ich konnte fliehen. Danach habe ich den Sudan verlassen und meine Familie zurückgelassen.

Saeed: Ich war bereits seit 1995 im Sudan in den Bereichen HIV (AIDS) und Straßenkinder politisch aktiv. Bis zu meiner Entlassung arbeitete ich sechs Jahre als Dozent für Gesundheitswissenschaften an der Universität von Khartum. Durch mein politisches Engagement wurde es immer schwieriger für mich im Sudan. Und so entschied ich mich, das Land zu verlassen. Vor allem die Armut, die Menschenrechtslage und mangelnde Sicherheit im Sudan sind Gründe, warum wir das Land verlassen.

Foto: GRÜNE

v.l.n.r. Mohammed Saeed Ismael Maissara und Dr. Mohamed Tag Elsir Hassan auf der Energiewende Demo in Hannover

Wie seid ihr nach Deutschland gekommen?

Mohamed: Nachdem ich vor der Polizei geflüchtet war, flog ich zunächst nach Saudi-Arabien. Ich hatte ein gültiges Visum für dieses Land, da ich dort bereits an einer Klinik gearbeitet hatte, musste aber viel Geld zahlen, um dorthin

Fortsetzung Seite 4

Inhalt

2 **Editorial**

1 **„Wir rufen, damit uns jemand hört“**

3 **Willkommen in Hannover?**

6 **Insekten: gravierender Artenrückgang**

7 **Wegerandstreifen**

8 **Im Team mit den Kommunen**

9 **SuedLink: Kurz und Knapp**

10 **GRÜNE Landtagsfraktion: Trassenführung offen diskutieren**

10 **Regionsgrüne kritisieren mangelnde Transparenz**

11 **Ortsverband Isernhagen gegen Suedlink**

12 **Städte und Dörfer für die Zukunft entwickeln**

13 **Bezahlbares Wohnen für Alle**

14 **Neuaufstellung der Wohnraumförderung**

14 **Kleingärten mit Zukunft**

15 **GRÜN erklärt: Arbeitsgemeinschaften**

15 **GRÜNE für Verdienste um Hannover ausgezeichnet**

16 **Bericht aus dem Landtag**

16 **Bericht aus dem Bundestag**

17 **Bericht aus dem Rathaus**

17 **Bericht aus der Region**

18 **GRÜNES Sommerfest**

19 **keep on rocking in a green world !**

19 **Impressum**

20 **Glosse: Schön gerecht**

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die vier Monate seit der Wahl des neuen Regionsverbands-Vorstands sind wie im Flug vergangen. Ein Flug, der auf Grund gleichzeitig stattfindender Europa-, Bürgermeister- und Regionspräsidentenwahlen mit einem Katapultstart begonnen hat. Themen wie das neue Berufsschulkonzept, die Veränderungen im Regionsklinikum und der Einspruch der CDU gegen die Wahl von Hauke Jagau ergaben sich im Vorfeld und Anschluss der Wahl von selbst. Dennoch hat der neue Vorstand den Blick auch auf die vor uns liegenden zwei Jahre ohne Wahl gerichtet, die uns Grünen in der Region Raum geben, sich wieder stärker auf die Zusammenarbeit in der Partei zu konzentrieren. In zwei Klausuren und aufgeteilt in Arbeitsgruppen haben wir Ideen zur stärkeren Einbindung von Neumitgliedern, besseren Vernetzung der Ortsverbände, Steigerung der Attraktivität der Mitgliederversammlungen und Aktivierung unseres Mitgliederstamms entwickelt, die wir mit Eurer Hilfe bald umsetzen wollen.

Zwei Jahre mögen jetzt, kurz nach den letzten Wahlen, als eine lange Zeit erscheinen, die auch eine Erholungsphase zulässt - doch die Zeit wird dringend gebraucht und sollte gut genutzt werden! Nach dem guten Kommunalwahlergebnis 2011 trifft die Kehrseite jetzt viele Ortsverbände und Stadtteilgruppen: Viele unserer Aktiven sind in Mandaten eingebunden, dadurch fehlen Zeit und Power für die Parteiarbeit. Zudem ist es nach etwa der Hälfte der Wahlperiode mancherorts eine Herausforderung, Nachrücker für vakant werdende Listenplätze zu finden. Wir müssen dem entgegentreten, indem wir Verantwortung auf mehr Schultern verteilen. Politisches Engagement kann und sollte schließlich Spaß machen und eine Bereicherung sein - und nicht zu einer Belastung werden!

Wir alle brauchen Kraft und Mut, um die vielfältigen Grünen Herausforderungen zu meistern. Die Verschleppung der Energiewende durch Schwarz-Rot, Aufklärung und Kritik an TTIP, die weitere Begleitung des deutschen Atomausstiegs und das Vorantreiben der Agrarwende – viele unserer grünen Kernthemen finden in Form von Widerstand gegen das AKW Grohnde, der Auseinandersetzung um die SuedLink-Trasse oder den Kampf gegen mehr Großställe ihre Ausprägung bei uns in der Region Hannover.

Dafür zählen wir auf die Mithilfe von Euch allen - nach der Sommerpause mit neuer Kraft!

Frauke Patzke und Stefan Körner

Vorsitzende
Regionsverband Hannover

Willkommen in Hannover?

Flüchtlinge auf dem Weißekreuzplatz demonstrieren für die Einhaltung ihrer Menschenrechte

Die Menschenrechtslage im Sudan ist katastrophal. Immer mehr Menschen fliehen, auch nach Deutschland. Doch auch hier werden ihnen grundsätzliche Menschenrechte wie das Recht auf Bewegungsfreiheit und Arbeit vorenthalten.

Das im Grundgesetz von 1949 verankerte Recht auf Asyl war eine Lehre aus der Verfolgung im Dritten Reich. Die Politik ab 1993 konterkarierte dieses Recht: Als die Zahl der Asylanträge und rassistischer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte Anfang der 1990er Jahre ein Hoch erreichte, schränkte der sogenannte Asylkompromiss, den die Grünen als einzige Partei im Bundestag ablehnten, das Recht auf Asyl massiv ein. Die Asylgesetze setzen seither auf Abschreckung statt auf Integration.

Seit dem 25. Mai 2014 befindet sich auf dem Weißekreuzplatz in Hannover ein Camp sudanesischer Asylsuchender Foto: GRÜNE

Gegen diese Einschränkungen ihrer Menschenrechte protestieren die sudanesischen Flüchtlinge auf dem Weißekreuzplatz. Die Flüchtlinge fordern Sicherheit vor Abschiebungen in andere EU-Länder, deren Asylsysteme oft völlig überlastet sind. Sie wollen sich politisch betätigen, selbst entscheiden, wo und wie sie leben. Und sie wollen arbeiten.

Seit Beginn der Proteste steht Belit Onay, Landtagsabgeordneter, in engem Kontakt mit den Flüchtlingen. Gemeinsam mit Freya Markowis, stv. Vorsitzende der Ratsfraktion von Hannover und Norbert Gast, stv. Bezirksbürgermeister Mitte, bemüht sich für die Grünen darum, den Forderungen der Flüchtlinge Gehör zu verschaffen. Die Tolerierung des Camps, eine bessere Gesundheitsversorgung, eine bessere Willkommenskultur in den Ausländerbehörden, erneute Einzelfallprüfungen und eine aktivere Härtefallkommission sind nicht zuletzt auf grünes Engagement in Stadt und Land zurückzuführen, das enge Vorgaben des Bundesrechts im Sinne der Flüchtlinge umsetzt.

Die Zunahme an Krisengebieten weltweit führt insgesamt – trotz abschreckender Gesetzgebung – zu einer steigenden Anzahl Asylanträge in Deutschland. Die steigende Zahl der AsylbewerberInnen kommt nicht überraschend, dieser Trend zeichnet sich seit 2010 ab.

Bis vor kurzem gingen die Prognosen für Hannover jedoch von eine schrumpfenden Bevölkerung aus. Daher wurden nicht so viele Wohnungen gebaut, wie heute gebraucht werden. Familien, Studierende und Flüchtlinge konkurrieren nun um große und günstige Wohnungen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, diese Situation zu verändern, etwa mit dem Wohnraumförderprogramm. Obwohl wir Flüchtlinge gerne in ganz normalen Wohnungen unterbringen wollen, werden wir vorerst weiterhin den Bau und die Anmietung von Flüchtlingswohnheimen akzeptieren müssen.

FREYA MARKOWIS
Ratsfrau der LH Hannover
freyamarkowis@gmx.de

BELIT ONAY
Landtagsabgeordneter
belit.onay@lt.niedersachsen.de

Fortsetzung von Seite 1

zu kommen. Nach drei Monaten in Saudi-Arabien, erhielt ich von der deutschen Botschaft ein Schengenvisum und reiste im November 2012 nach München zu einem Workshop für minimal invasive Operationen der Wirbelsäule, der dort an der Klinik für orthopädische Chirugie stattfand. In München wurde ich gewarnt: Ein sudanesischer Kollege, war in Saudi-Arabien getötet worden. Und so entschied ich mich, nach Ablauf des Visums in Deutschland Asyl zu beantragen. Meine Familie, meine Frau und meine vier Kinder sind immer noch im Sudan. Mein jüngstes Kind habe ich noch nie gesehen. Seit November 2012 warte ich nun auf die Annahme meines Asylantrags.

Saeed: Ich flog am 15. Juli 2010 nach Wien, um an der Welt-AIDS-Konferenz teilzunehmen. Da ich mein Schengenvisum von der deutschen Botschaft in Khartum erhalten hatte, wurde ich für eine Nacht im Abschiebegefängnis von Wien untergebracht, als ich beschloss einen Asylantrag zu stellen. Am nächsten Tag wurde ich nach München geflogen, dort von der Polizei empfangen und registriert. Da alle sudanesischen Flüchtlinge Niedersachsen zugeteilt werden, wurde ich nach Braunschweig in die Erstaufnahmestelle geschickt. Von dort kam ich nach Hannover.

Foto: GRÜNE

Transparent aus dem Camp

Hier im Protestcamp auf dem Weissekreuzplatz seid ihr eine heterogene Gruppe. Wie schafft ihr es, diese Gruppe zusammen zu halten?

Saeed: Das ist eine interessante Frage. Unterschiede wie Stammeszugehörigkeit, Kultur und Religion werden von Machthabern oft genutzt, um Öl ins Feuer zu gießen. Wir haben im Sudan aber alle die gleichen Forderungen: Bildung, Gesundheit, sauberes Wasser, Arbeit – ein normales Leben. Die Menschen kümmern sich nicht um die Unterschiede, doch diese Stimme wird nicht gehört. Die internationale Gemeinschaft hört nur auf die Machthaber im Sudan.

Hier im Camp haben wir einen anderen Ansatz als Berlin und Hamburg. Wir verhandeln nicht über Grundrechte und Würde, aber über alles andere. Unsere Forderungen (siehe Kasten unten) sind das Ergebnis intensiver Diskussionen.

Das Camp gibt es seit Ende Mai. Warum bleibt ihr hier weiterhin auf dem Weißekreuzplatz?

SUDAN

1989 übernahm Umar Hasan Ahmad al-Baschir mit einer Gruppe von Offizieren die Macht im Sudan. Seit 1993 ist er formell Staatspräsident. Er gilt als Verfechter einer islamisch-fundamentalistischen Haltung und förderte die Anwendung der Scharia. Sie ist heute geltendes Gesetz im Sudan. Der Internationale Strafgerichtshofes (IStGH) verhängte 2009 einen internationalem Haftbefehl gegen ihn wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

2011 wurde der Südsudan unabhängige Republik. Seitdem ist die Situation für alle Menschen im Nord- und Südsudan lebensbedrohlich. Im September 2013 wurden über 250 Oppositionelle während einer Demonstration getötet. Internationales Aufsehen erregte das Todesurteil gegen Mariam Yahya Ibrahim, weil sie einen Christen geheiratet hatte. Ihre Geschichte zeigt beispielhaft, wie Menschenrechte im Sudan missachtet werden. Es gibt fünf Konflikt-Zonen im Sudan: Blue Bile, SüdKordofab, Darfur, Abyii und der Südsudan. Der UN-Sicherheitsrat sieht die Situation im Sudan als Gefahr für den Frieden und die Sicherheit auf der Welt an.

Saeed: Wir bleiben hier, weil wir keine andere Stadt in Niedersachsen aufsuchen dürfen, weil wir keine Antwort [auf unsere Asylgesuche] bekommen, keine Schule besuchen dürfen, keine Arbeitserlaubnis haben und die Gesundheitsversorgung schlecht ist. Wir möchten auf unsere Situation aufmerksam machen und sichtbar werden. Wir rufen, damit uns jemand hört. Die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der sudanesischen Regierung, die trotz des internationalen Haftbefehls gegen den nordsudanesischen Diktator Omar al-Bashir stattfindet, muss gestoppt werden.

Wie reagieren die Menschen in Hannover, die AnwohnerInnen und Passanten?

Saeed: Die Meisten sind sehr interessiert und offen. Auch wir sind offen und suchen den Dialog. Das merken wir auch bei den Menschen, die uns begegnen. Viele kommen ins Camp, um sich zu informieren oder um zu helfen. Wir haben viele UnterstützerInnen aus der Gesellschaft – über 2.000 Unterschriften haben wir gesammelt.

DIE 10 WICHTIGSTEN FORDERUNGEN DER FLÜCHTLINGE:

1. Abschaffung der Asylgesetze, die gegen die Menschenrechte verstoßen
2. Sofortiger Stopp der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der sudanesischen Regierung
3. Anerkennung als Flüchtlinge oder mindestens subsidiären Schutz
4. Solidarisierung Niedersachsens und Hannover mit den Flüchtlingen
5. Schnelle Bearbeitung der Asylanträge
6. Verkürzung der Wartezeit vor dem Verwaltungsgericht
7. Arbeitserlaubnis für alle sudanesischen Flüchtlinge in Niedersachsen
8. Dezentrale Wohnmöglichkeiten, weil zentrale Unterkünfte isolieren und die mentale Gesundheit verschlechtern
9. Unterstützung eines selbstorganisierten Zentrums für Flüchtlinge durch die Stadt Hannover
10. Befreiung aller SudanesInnen, die sich aufgrund der Dublin Verordnungen in Abschiebehaft befinden.

Foto: GRÜNE

Fastenbrechen während des Ramadan im Flüchtlingscamp auf dem Weißekreuzplatz

Wie werdet ihr weiter machen?

Mohamed: Wir führen weiter Gespräche mit Landespolitikern wie Filiz Polat und Belit Onay. Wir werden einen Brief an Oberbürgermeister Schostock schreiben und wir planen eine Demonstration in Braunschweig vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Gemeinsam mit den GRÜNEN in Hannover würden wir gerne eine Demonstration organisieren. Wir müssen zusammen arbeiten, um unsere Anliegen deutlich zu kommunizieren. Dafür ist auch der Protest auf den Straßen notwendig. Auf http://ageeb1999.wordpress.com findet man weitere Informationen zum Camp.

Saeed: Unsere Ziele sind klar und wir werden unseren Protest fortführen. In den letzten zwei Monaten haben wir uns erst aufgewärmt. Wenn wir eine Antwort bekommen, hören wir auf, aber wir können auch noch lange so weiter machen. Vor allem aber geht es uns um Frieden und Demokratie und ein freies Leben in Würde und Sicherheit für die Menschen im Sudan und für die sudanesischen Flüchtlinge hier in Deutschland. Sie verdienen das Recht in Deutschland zu bleiben. Das würde uns die Möglichkeit geben, weiter Druck auf die sudanesische Gesellschaft auszuüben.

Ich hoffe dafür auf Unterstützung aus Deutschland.

Homepage des Camp:

http://ageeb1999.wordpress.com

ELKE WOHLFARTH
Geschäftsführerin RV
wohlfarth@gruene-hannover.de

LIAM HARROLD
SG Bothfeld
liamharrold@web.de

Insekten: gravierender Artenrückgang

Die stille Katastrophe

Machte man vor 10 bis 20 Jahren an einem sonnigen Sommertag eine flotte Fahrt auf der Autobahn, bildete sich bald eine unschöne Schmutzschicht auf der Windschutzscheibe. Unzählige Insekten hatten dort ihr Leben gelassen. Und heute? Selbst nach stundenlanger Autobahnfahrt im Sommer finden sich nur wenige tote Insekten auf der Scheibe.

Foto: GRÜNE

Insektenfreundliche Pflanzen im Hausgarten werden immer wichtiger

Was Autofahrer erfreuen mag, ist ein Anzeichen für eine stille Katastrophe, die sich in unserer Umwelt abspielt. Denn moderne Ackergifte töten nicht nur schädliche, sondern auch nützliche Insekten. Kein Insektizid wirkt so spezifisch, dass es nur die Tierart tötet, die man bekämpfen will.

Der stumme Frühling – schon Wirklichkeit?

Dies war der Titel einer Diskussionsveranstaltung des Ökologischen Jagdverbandes und des NABU im Juni in Osnabrück. „Silent Spring“ ist der Titel eines berühmten Buches der amerikanischen Nobelpreisträgerin Rachel Carson, die 1962 die Wirkung des Insektizides DDT auf die Natur beschrieb. Naturschützer registrieren nun einen gravierenden Artenschwund, der durch andere, aber keineswegs harmlose Insektizide ausgelöst wird. Sie sind alarmiert, denn Insekten bestäuben Wildpflanzen und 70 bis 80 Prozent unserer Nutzpflanzen. Und sie stehen am Anfang der Nahrungskette unserer Wildtiere. Rebhuhn und Feldlerche sind bedroht, ebenso Kiebitz und Uferschnepfe. Bei 15 von 20 für Agrarflächen typischen Vogelarten nehmen die Bestände ab.

Insektenfreundliche Pflanzen helfen

Die AG Land und Tier hat das Thema des Artenschwundes für einen Stand des Regionsverbandes am „Tag für Tiere“ Anfang Juli in der hannoverschen City aufgegriffen. Wir informierten über insektenfreundliche Pflanzen. Und wir verschenkten 300 kleine Bienenweiden. Das Interesse war groß, denn viele Menschen wissen, dass die Intensivlandwirtschaft den Lebensraum von Tieren zerstört und dass Städte mit ihren Hausgärten, Kleingärten und Grünflächen als Lebensraum für Insekten immer wichtiger werden.

Wegraine und Artenvielfalt – die Bedeutung wird unterschätzt

Eine Reihe von Tierarten, verlieren durch die intensive Landwirtschaft ihren Lebensraum, z.B. Mäuse, Igel, Feldhasen und viele Insektenarten, die Kleinvögeln als Nahrung dienen. Wegraine werden häufig einfach umgepflügt und widerrechtlich der Ackerfläche zugeschlagen. Es ist daher an der Zeit, diese Räume für die Natur zurückzugewinnen (weitere Infos im Artikel von Ute Lamla, Grüner Einsatz für Kornblume, Schmetterling und Feldhase!).

CHRISTIANE HUSSELS
Sprecherin
LAG Landwirtschaft
christiane.hussels@arcor.de

ANDREA BUNN
Sprecherin
AG Land und Tier
bunn.andrea@googlemail.com

Wegerandstreifen

GRÜNER Einsatz für Kornblume, Schmetterling und Feldhase!

Der natürliche Lebensraum von Pflanzen und Tieren wird durch die intensive Landwirtschaft eingeengt bzw. zerstört. Ein Beispiel: In den letzten zehn Jahren ist der Bestand der Feldhasen um 80 Prozent gesunken. GRÜNER Einsatz bringt die Lebensräume zurück.

Foto: CC BY-NC-SA 2.0 C. Koehn, Draufzufahrt; flickr.com

Hier beginnt der Acker direkt am Weg - ein Wegeseitenrand existiert nicht

Geht man spazieren, bemerkt man das Fehlen von Blumen und Büschen am Wegesrand. Oft beginnt direkt neben dem Weg der Acker. Kein Schmetterling kreuzt flatternd den Weg. Keine Biene fliegt von Blüte zu Blüte.

Das liegt an den Spritz- und Düngemitteln, die in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen und die unsere Äcker und manche Wiesen zu Flächen machen, auf denen nichts wächst, außer der Nutzpflanze. Die Landschaft verarmt zusätzlich durch das Überpflügen der Wegerandstreifen. Es kommt auch vor, dass beim Ausbringen von Pestiziden die Seitenränder zum Wenden überfahren und die Spritzdüsen dabei nicht geschlossen werden. Die Bepflanzung wird vernichtet.

Artenschwund

Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und andere Insekten finden in dieser ausgeräumten Landschaft keine Nahrung mehr. Auf diese Weise gibt es auch weniger Kleinvögel.

Die Kommune muss handeln

Die Wegeseitenränder sind öffentliches Eigentum. In der Regel gehören sie der Kommune oder einem Realverband. Diese sollten eingreifen und die Randstreifen schützen. Denn im Bundesnaturschutzgesetz, Paragraf 39 Abs. 1 heißt es: „Es ist verboten, - wild lebende Pflanzen ohne vernünftigen Grund von ihrem Standort zu entnehmen oder zu nutzen oder ihre Bestände niederzuschlagen oder auf sonstige Weise zu verwüsten, - Lebensstätten wild lebender Tiere und Pflanzen ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören.“

Aber einige Kommunen sehen bei der Zerstörung der Wegerandstreifen tatenlos zu. Dabei haben sie PC-Programme, mit deren Hilfe sie an Hand von Luftaufnahmen feststellen können, an welchen Stellen Wegerandstreifen überpflügt sind.

Tut was gegen die Zerstörung der Wegerandstreifen: Die grünen Fraktionen in der Region sollten Anfragen an ihre Verwaltung stellen, wie es in ihrer Kommune um die Wegeseitenräume bestellt ist. Die AG Land und Tier hat dazu eine Musteranfrage verfasst. Der BUND, Landesverband Niedersachsen, hat eine hervorragende Broschüre zu dem Thema herausgegeben mit einer Anleitung, wie man das Überpflügen selbst feststellen kann. Der Titel: „Wegraine und Gewässerrandstreifen – Bedeutung und rechtliche Grundlagen“. Der Verfasser, Manfred Radtke, sitzt für die Grünen im Stadtrat in Rotenburg.

UTE LAMLA
Sprecherin
OV Neustadt a. Rbge
u.lamla@gmx.de

Im Team mit den Kommunen

GRÜNE im Präsidium des Niedersächsischen Städtetags

Im Niedersächsischen Städtetag spiegeln sich die Sorgen und Nöte der Kommunen wider und zeigen sich ihre Potenziale. Hier teilen sie der Landesregierung und dem Landtag mit, was sie bedrückt und bewegt.

BürgermeisterInnen vieler Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in Niedersachsen wirken beim Niedersächsischen Städtetag (NST, www.nst.de) mit, auch die Landeshauptstadt Hannover.

Der Niedersächsische Städtetag vertritt 126 von 991 niedersächsischen Kommunen und damit 4,7 Mio. EinwohnerInnen des Landes. Die freiwillige Mitgliedschaft in diesem eingetragenen Verein ist unabhängig von staatlicher Aufsicht, und hat keinen Einfluss auf Zuschüsse. Im Regelfall werden die Kommunen von ihren jeweiligen (Ober-)bürgermeisterInnen in den Gremien des Städtetags vertreten.

Pfeilmarkierung GRÜNE BürgermeisterInnen im Präsidium des Niedersächsischen Städtetag, v.l.n.r. Uwe Sternbeck, Regine Kramarek und Charly Abrahms (hinten).

Foto: GRÜNE

Der NST hat die Aufgabe, als Sachverwalter öffentliche Anliegen der Kommunen zum Wohle der EinwohnerInnen zu vertreten und deren Belange wahrzunehmen und sie gegenüber dem Landtag und der Landesregierung zu vertreten. Das ist wichtig, denn der Artikel 57 Abs. 6 der Niedersächsischen Verfassung besagt, dass vor gesetzlichen Regelungen, die Kommunen betreffen, kommunale Spitzenverbände anzuhören sind. Der NST gehört wiederum als Landesverband dem „Deutschen Städtetag“ an, der deutsche Städte und Gemeinden aus verschiedenen Bundesländern gegenüber dem Bund vertritt.

Zu den Organen des NST gehören die verschiedenen Fachausschüsse, die Städteversammlung, welche zwei Mal in einer Wahlperiode tagt und das Präsidium. Das Präsidium des NST stellen 20 OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen und ihre jeweiligen VertreterInnen. Für die Grünen sitzen derzeit Charly Abrahms, Bürgermeister Bad Harzburg, und die Verfasser dieses Beitrags, Uwe Sternbeck, Bürgermeister für Neustadt am Rübenberge und Regine Kramarek, Bürgermeisterin für Hannover im Präsidium.

Viermal im Jahr finden Präsidiumssitzungen statt, immer in einer anderen niedersächsischen Kommune, um allgemeine kommunale Themen zu besprechen und die Erörterung durch die Geschäftsführung zusammengefasst an die Landesvertretung weiterzugeben. Wir Grünen freuen uns über immer mehr GRÜNE BürgermeisterInnen in den niedersächsischen Städten und Gemeinden und den regen Austausch.

Beschlüsse des NST haben zwar nur empfehlenden Charakter, genießen aber große Anerkennung. Wir haben schon oft in den Präsidiumssitzungen die Positionen des Niedersächsischen Städtetags gegenüber dem Land durch unsere Wortmeldungen und Anträge beeinflusst. Die Diskussionen sind in diesem Gremium generell von parteiübergreifender, an der Sache orientierter Zusammenarbeit geprägt, grüne Stimmen sind dabei immer öfter zu hören. Die Beteiligung trägt Früchte. Bei der Städteversammlung im Oktober in Oldenburg bietet sich dazu erneut Gelegenheit.

UWE STERNBECK
Bürgermeister
Neustadt am Rübenberge
kontakt@sternbeck.info

REGINE KRAMAREK
Bürgermeisterin Hannover
regine.kramarek@hannover-rat.de

SuedLink Kurz und Knapp

Planung einer Stromtrasse durch die Region Hannover

- Der sogenannte SuedLink ist eine Stromtrasse von ca. 800 Kilometern Länge. Ab 2022 soll sie die in Norddeutschland produzierte Windenergie nach Süddeutschland transportieren. Der vorgeschlagene Trassenkorridor beginnt im schleswig-holsteinischen Wilster und endet im bayerischen Grafenrheinfeld. Der gesamte SuedLink ist ein gemeinsames Projekt der beiden Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW.
- Die Planung sieht vor, dass die Trasse überwiegend oberirdisch ausgebaut wird.
- Die Strommasten werden bis zu 70 Meter hoch sein.
- Die Stromtrasse wird auch durch die Region Hannover verlaufen. Sie führt dabei über Burgwedel, Ahlten (Lehrte) bis nach Laatzen und dann weiter in den Süden Deutschlands.
- Für SuedLink kommt ein neues Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Einsatz: die Bundesfachplanung. Dieses Verfahren ist nach Netzausbau-Beschleunigungsgesetz (NABGE) für alle länder- und grenzüberschreitenden Projekte vorgesehen und ersetzt das Raumordnungsverfahren. Während letztere von derzuständigen Landesbehörde durchgeführt werden, liegt die Verantwortung für die Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur.
- Ende 2014 will TenneT den Antrag für den Grobkorridor bei der Bundesnetzagentur einreichen. Damit beginnt 2015 die öffentliche Beteiligung für den Netzausbau.

Planungsentwurf der Trasse Grafik: GRÜNE

- Bis heute ist nur dieser Grobkorridor der Stromtrasse bekannt. Die 40 Einzelkriterien, die zur Auswahl der Trasse geführt haben sollen, sind nur zu einem kleinen Teil bekannt.
- Viel Kritik wird an dem oberirdischen Ausbau der Trasse geübt. Es wird moniert, dass die Trasse das Landschaftsbild zerstört, AnwohnerInnen dem Elektrosmog ausgesetzt werden oder in einigen Gebieten die Naherholung bzw. der Tourismus Schaden nehmen könnte.
- Viele Menschen wünschen sich eine reine Erdverkabelung. Doch auch bei dieser Lösung gibt es Probleme. Die gesamte Trasse unter die Erde zu legen, hätte auch massive Eingriffe in die Landschaft zur Folge. Der Eingriff ist vergleichbar mit dem Bau einer großen Bundesstraße. Ein solcher Pfad würde einen Aushub von 40 Meter Breite und mehr als zwei Meter Tiefe benötigen.

Wollt ihr mehr wissen?

Bundesnetzagentur:
http://gruenlink.de/t93

Tennet:
http://gruenlink.de/t92

BI Pro Erdkabel:
http://www.bi-abindieerde.de

Debatte SuedLink:

Grüne Landtagsfraktion: Trassenführung offen diskutieren

Netzmodernisierung und Netzausbau sind unabdingbare Voraussetzung für die Umsetzung der Energiewende. Dies stellt die Notwendigkeit des Zubaus dezentral erzeugter erneuerbarer Energie nicht in Frage. Beides ist wichtig, um Versorgungssicherheit zu garantieren und den Ausstieg aus Atom und Kohle zugleich zu bewältigen.

SuedLink soll den im Norden produzierten Windstrom (bei Flaute ersatzweise Wasserstrom aus Norwegen) in den verbrauchsstarken Süden transportieren, wenn dort bis 2022 die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen. Sie ist eine von drei geplanten Nord-Süd-Verbindungen im Höchstspannungs-Übertragungsnetz, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit nach einer bundesweiten Bedarfsermittlung und nach öffentlicher Konsultation festgelegt worden ist. Das ist ein Fortschritt: Im vorherigen Verfahren haben die Netzbetreiber den Ausbaubedarf selbst festgelegt.

Informations- und Beteiligungsrechte stärken

Entscheidend wird das Gelingen der Energiewende davon abhängen, ob es bei den Menschen vor Ort eine Akzeptanz für die Modernisierung des Verteilungsnetzes und ergänzende neue Stromtrassen gibt. Vor allem in dieser Hinsicht hat die damalige Bundesregierung aus CDU und FDP mit ihrem 2013 beschlossenen „Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze“ die Weichen in die falsche Richtung gestellt.

Es wäre wichtig gewesen, nach der begrüßenswerten vorgeschalteten Informationsphase, die Beteiligung beim weiteren Verfahren nicht einzuschränken: Es sind nur sehr kurze Fristen im Rahmen des formalen Konsultationsverfahrens vorgesehen und die Klagemöglichkeiten gegen die verbindliche Trassenplanung wurden massiv reduziert.

Welche Leitungskapazität wird gebraucht?

Für den Netzausbaubedarf hätten die Möglichkeiten aus dem Lastmanagement, der Energiespeicherung, der Abregelung von Einspeisespitzen oder einer gezielten Standortwahl für neue Kraftwerke stärker einbezogen werden müssen. Damit wäre man dem Prinzip „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ glaubhaft gerecht geworden.

Dennoch sollten wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und uns dafür einsetzen, dass die Informations- und Beteiligungsrechte ebenso wie die Möglichkeiten zur Durchsetzung von Alternativtrassen und/oder von notwendiger Erdverkabelung ausgeweitet werden, damit am Ende nur die Leitungskapazität gebaut wird, die gebraucht wird und die Trasse gewählt wird, die am verträglichsten ist.

MAARET WESTPHELY
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@lt.niedersachsen.de

Regionsgrüne kritisieren mangelnde Transparenz SuedLink – von Norden nach Süden durch die Region

Durch die Region Hannover soll der so genannte SuedLink verlaufen, wenn es nach den Plänen von Bundesnetzagentur und Stromnetzbetreiber TenneT geht. Unklar ist, wieso der vorgeschlagene Trassenverlauf durch die Region ausgewählt wurde. Wir Regionsgrüne kritisieren die mangelnde Transparenz bei dem Verfahren.

Die Stromtrasse wird benötigt, um die Energiewende in Deutschland umzusetzen. Zwar ist die dezentrale Energieversorgung Grünes Ziel, die Infrastruktur wird aber zu langsam aufgebaut.

Zu Besuch bei TenneT

Wir, die Regionsfraktion, haben TenneT Lehrte besucht. Wir führten ein konstruktives Gespräch mit Thomas Wagner (Öffentlichkeitsarbeit) und Dr. Arno Gramatta (Planung). Dort erfuhren wir, dass die Auswertung von 40 Kriterien den Korridor ergab, der jetzt zur Diskussion steht.

Gibt es eine Trasse, die verträglich für Mensch und Natur ist?

Es gibt eine Vielzahl von sensiblen Gebieten. Der Abstand von 400 Metern zur Wohnbebauung muss eingehalten und die Bauleitplanung der Kommunen berücksichtigt werden. Naturschutzgebiete und europäisch geschützte Fauna-Flora-Habitat-Gebiete müssen absolut tabu sein. Erdverkabelung ist eine Möglichkeit die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu mindern. Allerdings bedeutet der Bau auch einen großen Eingriff: Auf ca. 40 Metern Breite müssen mehrfach zwei Meter tiefe Gräben ausgehoben werden. Die Vegetation wird komplett beseitigt. Tiefwurzelnde Gehölze dürfen dort nicht mehr gepflanzt werden, sodass in Wäldern dauerhaft breite Schneisen entstehen.

Wir benötigen umfassende Informationen und transparente Beteiligungsverfahren

Auch nach einer öffentlichen Veranstaltung im Regionshaus Ende Juli blieben unsere Fragen offen. Wir fordern von der Bundesnetzagentur und den Netzbetreibern mehr als das Abarbeiten des Pflichtprogramms. Die Alternativen und der vorliegende Korridor müssen umfassend diskutiert werden. Nur so kann die Regionsverwaltung eine fundierte Stellungnahme abgeben. Das ist der Rahmen in dem wir mitwirken können. Abwägung und Entscheidung macht der Bund.

BRIGITTE NIESSE
Regionsabgeordnete
niesse@plan-zwei.com

ULRICH SCHMERSOW
Regionsabgeordneter
ulrich.schmersow@t-online.de

OV Isernhagen gegen Suedlink Speicher statt Stromautobahnen

Ist die Stromautobahn Suedlink überhaupt nötig? Wir, vom OV Isernhagen, sagen: Nein! Suedlink dient vor allem den großen Energiekonzernen. Denn damit können sie ihren Kohlestrom letztlich europaweit transportieren. Solar- und Windenergie braucht regionale Speicher!

Wir unterstützen die Petition des Isernhagener Umweltschutzvereins, in der eine wesentlich kritischere Auseinandersetzung der Region und der betroffenen Kommunen mit diesem Thema gefordert wird. „Wir bezweifeln die Notwendigkeit der Gleichstrom-Hochspannungsleitung Südlink mit ihren 70 m hohen Masten!“ heißt es in der Petition. „Die Gemeinde- und Regionspolitik soll in einer öffentlichen Veranstaltung mit unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Notwendigkeit dieser Leitung kritisch diskutieren“, fordern der OV Isernhagen und der Umweltschutzverein.

Der Betreiber TenneT gibt nur einseitige Informationen heraus. Nur die, die seinen wirtschaftlichen Interessen dienen. Erdverkabelung z.B. wird pauschal als zu teuer verteufelt. Über wirkliche Alternativen, wie die Entwicklung von regionalen Speichermöglichkeiten, informiert TenneT nicht. Das können nur unabhängige Sachverständige!

Nur Braunkohlestrom braucht neue Höchstspannungsnetze. Solar- und Windstrom brauchen Stromspeicher!

Die von TenneT geplante Hochspannungsgleichstrom-Trasse (HGÜ) als Freileitung soll angeblich nur den Windstrom von der Nordsee (Offshore) nach Bayern bringen. Oder auch den Kohlestrom in den Norden? In einer Veranstaltung des Umweltschutzvereins Anfang April in Neuwarmbüchen berichtete Wolf von Fabeck, Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins, dass das TenneT-Konzept einer dezentralen Energiewende entgegen stehe.

Wir wollen eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung. Das geht nur mit dezentraler Stromerzeugung und Speichern statt teurer und störungsanfälliger Höchstspannungs-Freileitung! Speicherkonzepte „power to gas“ bzw. „power to liquid“ sind bereits technisch realisiert. (Näheres unter www.gruene-isernhagen.de)

Unterstützt uns und unterschreibt die Petition:

www.umweltschutzverein.de

SIEGFRIED LEMKE
Vorsitzender OV Isernhagen
sielemke@web.de

Städte und Dörfer für die Zukunft entwickeln

Von der Mietpreisbremse zum Stadtentwicklungskonzept

Was tun gegen steigende Mieten, Zersiedlung und künftigen Leerstand? GRÜNE Instrumente kommunaler und regionaler Politik im Wandel der Lebensstile.

Nicht nur die Gesellschaft ist einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Mit ihr wandelt sich auch die Gestalt von Städten, Gemeinden, Dörfern und Regionen. Während das Leben in den Städten und Zentren eine Renaissance erlebt – die Jungen schätzen Lebensstil und Erlebnisdichte, die Alten den Versorgungskomfort – stellt sich in vielen peripheren Ortsteilen, auch in der Region Hannover die Zukunftsfrage: Warum möchte jemand heute oder morgen in einem Dorf wohnen? Die Landwirtschaft als Lebensgrundlage ist nur noch für wenige relevant. Kulturelle Angebote finden sich attraktivere in der Stadt. Flexible Kinderbetreuung für zeitgemäße Doppelverdienerhaushalte? Bestenfalls im Aufbau.

Daraus hat sich eine fast übermächtig wirkende Tendenz zurück in die Städte entwickelt. Davon profitiert nicht nur Hannover, auch die Zentren der Regionskommunen verdichten sich. Regionsweit gesehen scheint der demografischen Wandel glimpflich auszugehen. Aber das genügt nicht.

Als Planungsinstrument gibt es beispielsweise das ISEK –Integriertes Stadtentwicklungskonzept, ein stadtplanerisches Fachgutachten, das die Probleme und Chancen einer Kommune identifiziert und Handlungsempfehlungen aufstellt. Die Investition kann sich durch dann winkende Städtebaufördermittel schnell rechnen. Die ExpertInnen empfehlen beispielsweise Innenverdichtung vor Neuerschließung. Dabei hilft ein Baulückenkataster, das für Transparenz sorgt. Statt ein Neubaugebiet zu erschließen, wird auf Hinterlieger-Grundstücken gebaut.

Kernproblem bleibt der Bestand. Vielleicht wird bald eine Abwrackprämie für alte Häuser nötig. Dabei geht es nicht nur um energetische Standards, sondern beispielsweise auch um barrierearme Zugänge.

Foto: bungo /photocase.com

Die Region braucht einen ressourcenschonenden Umgang im Bestand

In vielen Städten führt die neue Landflucht in städtische Zentren zu steigenden Mieten. Sie spiegeln die massive, lokale Nachfrage und sorgen für einen marktgerechten Ausgleich. Eine Mietpreisbremse kann kurz- bis mittelfristig Bestandsmietern helfen. Aber sie hilft nicht, das Leben jenseits der Stadtzentren wieder attraktiver zu machen – gemäß dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Jenseits gefragter Stadtlagen droht ein Substanzverlust, dessen Auswirkungen wir in der Region Hannover ab Mitte der 20er Jahre deutlich erleben werden: Leerstand in Dörfern, verfallende Baudenkmäler, geschlossene Versorgungseinrichtungen, schwer verkäufliche Häuser.

Bereits heute sinken Bodenrichtwerte einzelner Regionsdörfer – und das in der historischen Zinstiefphase. Trotzdem wollen viele noch heute dort Bauland neu ausweisen – wegen der immer weniger werdenden „jungen Familien". Als Grüne können wir da nur Nein sagen. Die Region braucht stattdessen einen ressourcenschonenden Umbau im Bestand, ohne weitere Expansion in die Fläche. Bequeme, barrierearme Wohnungen in gut integrierten Ortslagen, gut angebunden an den ÖPNV und mit zu Fuß erreichbarer Nahversorgung nicht nur für Reiche: Da ist Musik drin – Zukunftsmusik.

CLEMENS WITTKOWSKI
Ratsherr der Stadt Lehrte und Stadtplaner
witkowski@gruene-lehrte.de

Bezahlbares Wohnen für Alle

In Großstädten ist die soziale Frage des Wohnens im Fokus. Auch in Hannover.

Die soziale Spaltung im Wohnungsmarkt in den Großstädten nimmt zu und die Große Koalition schaut weg. Eine soziale und ökologisch ausgerichtete Wohnungspolitik auf Bundesebene ist notwendig.

Im Juli war ich auf Sommertour in der Region Hannover unterwegs. In der Stadt Hannover habe ich mich schwerpunktmäßig mit der Bau- und Wohnungspolitik beschäftigt. Bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten ist bundesweit knapper und begehrter geworden, auch in Hannover wie z.B. Linden, der Nordstadt, der List oder der Südstadt.

Dafür gibt es bundesweit vielschichtige Ursachen, aber es lassen sich auch allgemeine Entwicklungen im Wohnungsbereich feststellen. Trotz schrumpfender Gesamtbevölkerung lassen sich ein Zuzug und damit ein Wachstum der Städte verzeichnen, die Anzahl der Sozialwohnungen ist deutlich gesunken. Es fehlen altersgerechte, barrierefreie sowie energetisch sanierte Wohnungen. Zudem ist während der Euro-Krise vermehrt Spekulationskapital in den Immobiliensektor geflossen.

Die Stadt Hannover hat darauf reagiert und ein kommunales Wohnraumförderprogramm aufgelegt. Es beinhaltet die Schaffung preisgünstiger Wohnungen. Aber auch muss es im Bund eine Wende in der Bau- und Wohnungspolitik geben. Davon ist bisher wenig zu spüren. Einen 3-Milliarden-Energiesparfonds zur Sanierung von sozial benachteiligten Stadtteilen, die Wiedereinführung des Heizkostenzuschlages oder die Anhebung des CO2-Gebäudesanierungsprogramm, wie wir Grüne es für den Haushalt 2014 vorgeschlagen haben, hat die Große Koalition abgelehnt. Immerhin hat die Gro-Ko den schwarz-gelben Kahlschlag beim Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt" beendet und den Ansatz auf 150 Millionen Euro jährlich erhöht.

Hochhaussiedlung im Sahlkamp - Der Sanierungsbedarf ist hoch

Foto: GRÜNE

Davon profitiert der Sahlkamp jetzt schon seit fünf Jahren, den ich auch mit einer Gruppe besucht habe. Einrichtungen für Bildung- und Ausbildung, zur Förderung der lokalen Ökonomie, für den sozialen Zusammenhalt und die Wohnzufriedenheit wurden gegründet und wirken sich positiv auf den Stadtteil aus. Auf die Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt" hofft auch der Mühlenberg, den ich zusammen mit Stadtbaurat Uwe Bodemann und Michael Dette, baupolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, auf der Sommertour ebenfalls besichtigt habe. Es gibt erste gute Signale vom Land Niedersachsen, dass der Mühlenberg den Zuschlag dafür bekommen könnte. Wichtig wäre in beiden Stadtteilen, dass sich die großen privaten Investoren bereit erklären, die Gebäude grundlegend zu sanieren. Das ist dringend notwendig, um die teilweise extrem schlechte Wohnsituation zu verbessern. Denn das Erfolgsprogramm „Soziale Stadt" kann nur funktionieren, wenn die Stärkung der sozialen Infrastruktur und die aktive Beteiligung der Bewohner*innen Hand in Hand mit der Sanierung von Wohnungen und Gebäuden gehen.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@wk.bundestag.de

Neuaufstellung der Wohnraumförderung

Verlässliche Rahmenbedingungen für den Bau neuen Wohnraumes schaffen

Der Wohnungsmarkt in Niedersachsen ist uneinheitlich. Er weist nicht nur erhebliche regionale Unterschiede auf, sondern wird uns durch den demographischen Wandel in den nächsten Jahren vor weitere Herausforderungen stellen. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Dementsprechend flexibel und an die lokalen Bedürfnisse angepasst muss das Land die zur Verfügung stehenden Fördermittel für den Wohnungsmarkt verteilen können. Dafür wollen wir in Zukunft verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, an denen sich die Akteure orientieren können. Voraussetzung für die Förderung von Land und Bund muss künftig ein lokales Wohnraumversorgungskonzept sein, wie es die Stadt Hannover, aber auch viele Regionskommunen bereits erarbeitet haben.

Vor allem wollen wir gemeinwohlorientierte Wohnbauunternehmen und Genossenschaften fördern, um die Wohnungsmärkte im Land mit der gewerblichen Wohnungswirtschaft und Kleinvermietern auszutarieren. Diese Akteure sind von zentraler Bedeutung, um Gruppen wie Studierende, Rentnerinnen und Rentner oder auch Familien und Flüchtlinge, die im freien Markt nur geringe Chancen haben, auch in den Innenstädten mit ausreichend großem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Eine alternde und inklusive Gesellschaft benötigt zudem ausreichend barrierefreien und altersgerechten Wohnraum, weshalb diese Bauform selbstverständlich werden soll, ebenso wie Bauten mit hohen energetischen Standards.

Da die Wohnraumproblematik nicht isoliert von städtebaulichen Fragen betrachtet werden kann, soll die Städtebauförderung mit der Wohnraumförderung synchronisiert werden. Außerdem soll sie schwerpunktmäßig im Hinblick auf die inklusive Gesellschaft wie auch auf die absehbar wachsenden Flüchtlingsströme Handlungsspielräume für Kommunen eröffnen.

Der Antrag, mit dem wir die Neuaufstellung der Förderung auf den Weg bringen, wird momentan in den Ausschüssen behandelt – er wird noch in diesem Jahr beschlossen werden.

THOMAS SCHREMMER
Landtagsabgeordneter
thomas.schremmer@lt.niedersachsen.de

Kleingärten mit Zukunft

Einladung zum Dialog über Entwicklungsszenarien für hannoversche Kleingärten

Kleingärten sind Orte mit wichtiger sozialer, ökologischer und stadtgestalterischer Funktion – deshalb setzt sich die Ratsfraktion für einen weitestgehenden Erhalt ein. An Umstrukturierungen werden wir aber nicht vorbeikommen. Daher starten wir bereits jetzt einen Dialog mit Interessierten und Betroffenen. Ziel ist ein Minimum an Einschränkungen bei maximaler Qualitätssteigerung.

Foto: GRÜNE

Kleingarten in der Region Hannover

Die Aufregung war groß, als die Neue Presse am 30. Juli letzten Jahres titelte: „1.000 Kleingärten sollen weg“. Tatsächlich werden in der Landeshauptstadt Flächen benötigt – insbesondere für Gewerbe und den dringend erforderlichen Wohnungsbau. Ebenfalls richtig ist, dass diese Vorhaben teilweise auf Flächen entstehen sollen, die aktuell als Kleingärten genutzt werden. Denn nicht alle Stadtentwicklungsprojekte können in Baulücken realisiert werden – und die notwendigen Vorhaben allein auf der grünen Wiese umzusetzen, kommt für uns nicht in Frage.

Doch Flächenneuzuschnitte müssen nicht unbedingt den Wegfall von Gärten bedeuten. Zeitgemäße Nutzungsänderungen, neue Parzellengrößen und mehr Gemeinschaftsflächen sind realistische Lösungsansätze. So muss zum Beispiel diskutiert werden, wie der Wunsch nach mehr Freizeitvergnügen mit dem Anliegen, Gärten als Orte mit ökologischer Bildungsfunktion und zum Gemüseanbau zu nutzen, vereinbar sind.

Interesse an der Zukunft von Hannovers Kleingärten? Kommt zu unserem Treffen am 17.09.2014 um 18 Uhr im GRÜNEN ZENTRUM.

PAT DRENSKE
Ratsfraktion Hannover
stv. Fraktionsvorsitzender
rat@pat-drenske.de

GRÜN erklärt: Arbeitsgruppen

Grüne Politik gestalten!

Offen für alle Mitglieder: In den Arbeitsgruppen (AGs) wird fachlich an bestimmten Themen gearbeitet. Expertinnen und Experten treffen sich mit Interessierten, um Grüne Politik zu einem jeweiligen Themenfeld zu gestalten. Es werden Standpunkte diskutiert und Impulse für die politische Arbeit gegeben. Die AG-Mitglieder beraten mit ihrer Expertise Parteigremien und Fraktionen und können Ortsverbände und Stadtteilgruppen mit ihrem Fachwissen unterstützen.

Die Mitarbeit von GRÜNEN Mitgliedern und in der Regel auch von Interessierten ist ausdrücklich erwünscht, deshalb sind die AGs offen für alle. Eine Ausnahme sind die Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene (BAGs), zu denen von den Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) Delegierte entsandt werden.

Die einfachste Möglichkeit, an einer AG teilzuhaben - auch wenn man keine Zeit zur regelmäßigen Teilnahme hat – ist sich in den Verteiler dieser AG aufnehmen zu lassen. Auf diese Weise bekommt man über die in den Einladungen enthaltene Tagesordnung mit, welche Themen in der AG aktuell behandelt werden. Außerdem erhält man über versandte Texte oder Diskussionsbeiträge viele Zusatzinformationen.

Für Neumitglieder kann das „Ausprobieren“ von AGs einen guten Überblick über den Stand der Diskussion in den unterschiedlichen Politikfeldern bieten und Orientierung darüber verschaffen, in welchem Bereich man sich engagieren möchte.

Die AGs sind offen: Vorbeikommen, zuhören, diskutieren und entscheiden, ob du weiter mitmachen möchtest!

Die AGs von Partei und Fraktionen in der Region Hannover findet Ihr unter:
http://gruenlink.de/t1b

Die LAGs des Landesverbands unter:
http://gruenlink.de/t1a

STEFAN KÖRNER
Vorsitzender RV
stefan.koerner@gruene-hannover.de

GRÜNE für Verdienste um Hannover ausgezeichnet

Ingrid Lange, Barbara David und Marcella Heine sind Inhaberinnen der Stadtplakette

Im Juni 2014 wurden sieben Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen der Stadtgesellschaft Hannovers mit der Plakette für Verdienste um die Stadt ausgezeichnet - darunter **Ingrid Lange**. Sie war von 2001 bis 2011 ehrenamtliche Bürgermeisterin und hat sich als migrationspolitische Sprecherin unserer Ratsfraktion verdient gemacht. In der Laudatio heißt es, dass sie Hannover als Bürgermeisterin durch ihre freundliche, zuvorkommende und aufgeschlossene Wesensart würdig vertreten hat. Eine besondere Herzensangelegenheit war ihr der persönliche Kontakt zu den Menschen, gleich welcher Herkunft und Religion.

2012 hat **Barbara David** die Stadtplakette erhalten. Sie arbeitet seit 1989 für Violetta e. V., der Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch. Seit 1994 ist sie Geschäftsführerin eines Teams aus acht Frauen. In der Laudatio hieß es, Barbara David verstehe es in herausragender Weise, das stark geforderte Team von Violetta zu leiten und zu motivieren. Barbara selber versteht die Stadtplakette auch als Anerkennung für betroffene Mädchen, Frauen, Jungen, Männer und ihren Mut, das Thema sexuelle Gewalt öffentlich gemacht zu haben.

Foto: GRÜNE

v.l.n.r.: Barbara David, Schatzmeisterin Stadtverband, und Ingrid Lange, ehemalige ehrenamtliche Bürgermeisterin.

Herzlichen Glückwunsch Ingrid und Barbara!

Bereits 1996 hat **Marcella Heine** die Stadtplakette erhalten: Für ihre Aktivitäten im Interkulturellen Bereich, für Gleichberechtigung der MigrantInnen, gegen Rassismus. Sie ist für uns langjährige Bürgervertreterin im Internationalen Ausschuss.

GÜNTER WULFERT
Geschäftsführer
guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Das Stühlerücken hat begonnen: Die letzte Sitzung im alten Plenarsaal ist vorbei, nach der Sommerpause geht es im deutlich engeren Ausweichquartier weiter. Wir freuen uns, dass der Oesterlen-Bau saniert statt abgerissen wird - dafür haben wir GRÜNEN von Anfang an gekämpft.

Und noch ein Stuhl wird gerückt – Regina Asendorf aus Laatzen kommt im November für die ausscheidende Ina Korter in den Landtag. Wir freuen uns schon sehr auf Regina und eine tolle Präsenz Hannovers in der Landespolitik.

In den letzten Monaten beschäftigte uns im Landtag die Neuaufstellung der Krankenhausplanung für Niedersachsen, die wir unbedingt zukunftssicher gestalten müssen. Dabei ist uns die Versorgung vor Ort wichtig, aber die Krankenhäuser müssen auch den Anforderungen an Qualität und demographischem Wandel entsprechen, das bedingt eine gewisse Konzentrierung. Im Flächenland Niedersachsen gibt es viele kleine Krankenhäuser, die bereits jetzt die Abstimmung mit den Füßen verlieren, denn Gemeinde- und Landkreisgrenzen hindern die PatientInnen nicht an der Suche nach dem jeweils geeigneten Krankenhaus - darauf müssen wir Antworten finden.

Eine weitere Herausforderung ist die Versorgung mit schnellem Internet für alle. Dazu gehört für uns Grüne natürlich auch die Forderung nach Netzneutralität. Mit der Breitbandstrategie wollen wir mindestens 30 Mbit/s bis 2020 überall in Niedersachsen erreichen. Auf Landesebene können wir mit europäischen Fördermitteln Versorgungslücken im ländlichen Raum schließen, für unterversorgte Gebiete in und um Hannover hat die Region Hannover ein Projekt mit EU-Mitteln aufgelegt.

Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir außerdem die Bundesregierung aufgefordert, den so genannten Optionszwang vollständig abzuschaffen. Es ist diskriminierend und anachronistisch, hier geborene Menschen mit Migrationshintergrund den Beweis antreten zu lassen, dass sie ‚deutsch genug' sind um Deutsche bleiben zu können. Wir sind gespannt auf die Reaktion aus Berlin!

EURE LANDTAGSABGEORDNETEN MAARET WESTPHELY, BELIT ONAY, THOMAS SCHREMMER

BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Die Verhandlungen zum Haushalt 2014 haben wir in Berlin abgeschlossen. Mit insgesamt knapp 350 Änderungsanträgen zum Bundeshaushalt haben wir Grüne gezeigt, wie eine solide, gerechte und in die Zukunft gerichtete Haushaltspolitik aussieht: Klare Schwerpunkte bei Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit mit einer konkreten Gegenfinanzierung über Subventionsabbau, Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen.

Nicht nur der Haushalt 2014, sondern auch der Regierungsentwurf für den Haushalt 2015 ist leider geprägt von einer müden Verwaltungsmentalität. Wolfgang Schäuble erklärt die schwarze Null zum Selbstzweck und greift dafür wieder in den Gesundheitsfonds und die Rentenkasse. Die Zeche dafür müssen die BeitragszahlerInnen zahlen. Zudem verweigert Wolfgang Schäuble dabei wichtige Investitionen in Klimaschutz, Bildung und den Erhalt von Straßen und Schienen. Schon jetzt gibt es ein dramatisches Investitionsdefizit, trotzdem sinkt die Investitionsquote im Finanzplan bis 2018 nochmals auf dann 8,3Prozent. Das nenne ich zukunftsvergessen.

Aktuell gibt es viele Konflikte und Kriege weltweit, die eskalieren: Die andauernden blutigen Kriege in Syrien und im Irak mit dem mörderischen Vormarsch des ISIS, die schweren Kämpfe in der Ukraine, die gewalttätigen Konflikte im Südsudan und auch die Eskalation in Israel und Palästina eskaliert die Situation. Wir Grüne -erkennen das Selbstverteidigungsrecht Israels gegen den Raketenbeschuss der Terrororganisation Hamas an und sprechen uns gleichzeitig für einen schnellen Waffenstillstand und die Rückkehr an den Verhandlungstisch aus, um weitere zivile Opfer zu verhindern. Dauerhafte Sicherheit und Frieden kann es nur durch Verhandlungen und eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung geben. Wir Grüne stellen uns klar gegen antisemitische Hassparolen, Gewalt und Holocaust-Leugnung auf Demonstrationen in Deutschland und Europa.

Liebe Grüße und bis bald!

EUER BUNDESTAGS-ABGEORDNETER SVEN-CHRISTIAN-KINDLER

BERICHT AUS DEM RATHAUS

Städtepartnerschaft mit der Türkei

Eine Städtepartnerschaft oder -freundschaft mit Konya und Diyarbakir ist eine wichtige Ergänzung zu den vielfältigen Beziehungen, die Hannover zu verschiedenen Städten weltweit pflegt. Wir begrüßen sehr, dass der Oberbürgermeister auf den von uns initiierten rot-grünen Antrag hin den Kontakt mit beiden Städten aufgenommen hat. Beide zeigen ein großes Interesse an einer engeren Beziehung. Die Unterzeichnung der Absichtserklärung mit Konya im Mai 2014 ist ein erster wichtiger Schritt. Als nächstes ist der Besuch einer Ratsdelegation in Diyarbakir geplant.

Weiterentwicklung Schulsystem

Hannover sollte langfristig auf ein zweigliedriges Schulsystem setzen. Schon heute wählen mehr als 85 Prozent der Eltern eine Integrierte Gesamtschule (IGS) oder ein Gymnasium für ihr Kind. Darüber hinaus steigen die SchülerInnenzahlen, und das Land wird über das Schulgesetz die IGS zur Regelschule machen. In der Folge sehen wir folgende Bedarfe: Mehr Unterstützung für IGS und mehr Förderung für die Inklusion an Gymnasien. Die Verwaltung soll daher prüfen, wo neue IGSen eingerichtet werden können. Für Inklusion an Gymnasien benötigen diese zusätzlichen Räume für Unterricht in kleineren Gruppen. Für das neue Gymnasium im Westen der Stadt ist dies vorzusehen. Entsprechende rot-grüne Anträge sind im Beratungsverfahren

Grüne Ratsfraktion auf facebook: http://gruenlink.de/eag

Wasserstadt Limmer

Mit der Bebauung der Conti-Brache in Limmer schaffen wir dringend benötigte Wohnungen. Bedeutsame Naturflächen bleiben verschont. Für die Entwicklung des Gebietes wurde nach intensiven Diskussionen im Juli 2014 ein rot-grüner Antrag in den Rat eingebracht. Er enthält Vorgaben für ein sozial und ökologisch attraktives Wohnquartier samt umfassender Beteiligung. Auch stellt er die Weichen für eine soziale Mischung der Bewohnerschaft und eine altengerechte Quartiersplanung. Weitere Forderungen in dem Antrag sind ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, ein wegweisendes Energiekonzept sowie klimaanpassende Maßnahmen, zum Beispiel Dach- und Fassadenbegrünung.

EURE RATSFRAKTION

BERICHT AUS DER REGION

Zwischen Vergangenheit und Moderne. Regionsfraktion besucht Üstra

Der Besuch der Regionsfraktion bei der Üstra am 11. Juni glich einer Zeitreise zwischen Vergangenheit und Moderne. Gespannt wartete die Fraktion an der Haltestelle Schlägerstraße auf eine Stadtbahn, die längst aus dem hannoverschen Stadtbild verschwunden ist – dem TW 129 Baujahr 1930. Ziel war der Üstra-Betriebshof in Leinhausen. Dort wollte die Fraktion das moderne Gesicht des Stadtbahnverkehrs in Augenschein nehmen - den TW 3000. Sicherlich, dieses Gesicht hat gerade einen Makel. Aufgrund schlechter Verarbeitung von entscheidenden Schweißnähten durch den Hersteller, kann die Bahn derzeit keine Fahrgäste befördern. Bei der Abnahme der Fahrzeuge hatten Techniker der Üstra einen schwerwiegenden Fehler gefunden, der in den Tunnelstrecken bei einem Auseinanderbrechen der Bahn zu einer Katstrophe hätte führen können. Die Fraktion dankte den Technikern, die durch ihre Arbeit Schlimmeres verhindert hatten. Durch den Ausfall der Bahnen entstehen keine Beförderungsengpässe. Die Üstra hat genug Fahrzeugkapazität, um den Ausfall zu kompensieren. Der Hersteller ist verpflichtet für den Lieferverzug und Ausfall der Bahnen Entschädigungsleistungen zu zahlen, so dass der Üstra kein finanzieller Schaden entsteht.

Tarifsteigerung abgemildert

Der Verkehrsverbund und die Regionsverwaltung schlagen zum 01.01.2015 erneut Tarifsteigerungen vor. Uns ist wichtig, dass die Sozialschwachen nicht stärker belastet werden und Sammeltickets zum Vorratskauf weiter ein gutes Angebot bleiben. Wir haben hohe Klimaschutzziele und brauchen mehr Menschen, die auf Bus und Bahn umsteigen. Dafür haben wir folgende Änderungen beschlossen:

- Die Sozialtarife werden nicht erhöht.
- Die Sammeltickets werden nicht teurer.
- Die Verwaltung legt in 2015 ein Konzept vor, um den GVH für Neukunden attraktiver zu machen. Denkbar sind z.B. eine Feriencard, eine Weihnachtscard, eine Umsteigecard für die, die ihren Führerschein zeitweise eintauschen wollen.

EURE REGIONSFRAKTION

VIELE GRÜSSE VOM SOMMERFEST 2014!

Fotos: GRÜNE

keep on rocking in a green world !

Gabi Bartoszak wechselt zum 1. September 2014 in die Stadtverwaltung

Seit Januar 2007 war Gabi Bartoszak als Referentin in unserer Fraktionsgeschäftsstelle aktiv. Sie bearbeitete zunächst die Fachbereiche Schule/Hochschule, Soziales und Kultur und schließlich die Bereiche Kinder & Jugend sowie Schule/Hochschule. Nach gut siebeneinhalb Jahren wechselt sie in die Stadtverwaltung. Dort wird sie im Fachbereich Jugend und Familie aktiv sein.

Liebe Gabi, wir freuen uns mit Dir, dass der von Dir anvisierte Wechsel geklappt hat, wünschen Dir einen guten Start und alles Gute für den neuen Job! Gerne laufen wir uns in Zukunft über den einen oder anderen Weg, sei es fachlich im Bereich Kinder & Jugend oder mittags beim Essen in der Rathauskantine.

Foto: GRÜNE

Alles Gute liebe Gabi!

Für unsere Fraktionsgeschäftsstelle sind wir derzeit dabei, eine neue Mitarbeiterin bzw. einen neuen Mitarbeiter zu suchen. Eine Ausschreibung läuft, und zwar für die Fachbereiche Soziales, Organisation & Personal und zusätzlich für den Bereich Büroorganisation & Buchführung.

GÜNTER WULFERT
Geschäftsführer
guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt Ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) erteilen!

Bei Fragen meldet Euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Frauke Patzke, Stefan Körner, Sven-Christian Kindler, Katrin Langensiepen, Norman Seibert, Michèle Eichhorn, Brigitte Nieße, Ulrich Schmersow, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Martin Nebendahl, Günter Wulfert, Eva Vojinovic, Freya Markowis, Pat Drenske, Regine Kramarek, Uwe Sternbeck, Ute Lamla, Christiane Hussels, Andrea Bunn, Clemens Wittkowski, Siegfried Lemke, Rahel Missal, Liam Harrold, Elke Wohlfarth, Urs Mansmann.

Redaktionsteam: Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Layout: Elke Wohlfarth, Christian Gailus

Druck: Lister Copy- und Büro-Service GmbH Pelikanstraße 13 A, 30177 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. **Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 03/14 erscheint voraussichtlich im Dezember 2014.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
IBAN: DE42 2512 0510 0008 4187 00
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSW DE33 HAN

DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

Schön gerecht

Foto: zach / photocase.com

Nicht nur Überwachungskameras verraten viel über unsere Gewohnheiten

Gerechtigkeit ist ein urgrünes Thema. Moderne Technik eher weniger, der stehen wir Grünen – aufgrund vieler schlechter Erfahrungen – oft eher kritisch und abwartend gegenüber. Das Spannungsfeld zwischen den beiden Themen, wenn Technik für Gerechtigkeit sorgen soll, lohnt deshalb einen ganz genauen Blick

Die Grünen in Baden-Württemberg sind recht forsch: Sie fordern schon seit Jahren eine GPS-gestützte KFZ-Maut für alle. Die Idee dahinter ist gut: Wenn jede AutofahrerIn für jeden Kilometer zur Kasse gebeten wird, lohnt es sich, das Auto öfters stehen zu lassen. Allerdings gibt es auf dem Beipackzettel auch ein paar Risiken und Nebenwirkungen. Solch ein GPS-System produziert massenhaft NutzerInnendaten, wer wann wo war. Für den Datenschutz, nicht erst seit der Volkszählung 1987 ein urgrünes Bürgerrechtsthema, ein Tiefschlag.

Auch Ressourcenschonung und Datenschutz können aneinander geraten. Mit intelligenten Stromzählern soll der Verbrauch von Haushalten gesteuert werden, um den Strom möglichst dann zu verbrauchen, wenn der Wind gerade kräftig gegen die Räder weht oder die Sonne vom Himmel auf Solarzellen strahlt. Dummerweise verrät auch der Stromzähler eines Haushalts eine Menge über die Lebensgewohnheiten der BewohnerInnen.

Wenn der Hausmüll bei jeder Leerung automatisch gewogen und durch einen Chip in der Tonne einem Haushalt zugeordnet wird, fallen auch Daten an. Die mögen unkritisch erscheinen, bis eines Tages jemand von der Stadt vor der Tür steht und hartnäckig nachfragt, warum sich die Müllmenge kürzlich verdoppelt habe. Wenn wie bei unserem Toni nur ein nicht gemeldeter Zweitwohnsitz dahinter steckt, lässt sich das noch regeln. Flüchtlinge zu verstecken, wird dann aber schwierig.

Intelligente Lösungen haben Charme, keine Frage. Automatische Schranken, die sich für AnwohnerInnen öffnen und Durchgangsverkehr aus dem Wohngebiet halten, sind natürlich praktisch. Elektronische Tickets für den öffentlichen Nahverkehr ermöglichen Preismodelle, die den Umstieg attraktiv machen. Bei all diesen Neuerungen müssen wir Grünen uns aber immer fragen, ob das wirklich ein Gewinn ist – oder ob sich die Datenabschnorchler am Ende nicht über einen zu großzügigen Input freuen dürfen.

URS MANSMANN
Bezirksrat Misburg-Anderten
urs.mansmann@gruene-hannover.de

TERMINE

Di, 09.09. 17:30-19:30
AG Verkehr, Hildesheimerstr. 20, Raum 62

Mi, 10.09. 18:00-20:00
AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Mo, 15.09 18:00-20:00
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Mi, 17.09. 18:00-20:00
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

Mi, 17.09. 18:00-19:30
Dialog zur Zukunft von Hannovers Kleingärten Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Di, 16.09. 18:30-20:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Do, 18.09. 18:00-20:00
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG

Do, 18.09. 18:30-21:00
Regions-Mitgliederversammlung, Freizeitheim Ricklingen, Ricklinger Stadtweg 1

Mo, 22.09. 18:00-20:00
Sozial-AG zum Haushalt 2015, Grünes Zentrum, 1. OG

Di, 23.09. 18:15-20:15
AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Di, 23.09. 18:30
Interessierten Treffen - Du möchtest Dich bei den GRÜNEN engagieren? Du fragst Dich, wo Du einsteigen könntest? Komm vorbei und lerne uns kennen! GRÜNES Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Mi, 24.09. 18:00-20:00
AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Do, 25.09. 18:00-20:00
Günstig wohnen - nur mit Quoten?
GRÜNE Podiumsdiskussion zum Thema Sozialquoten für den Neubau und Modelle für den Wohnungsbestand, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Fr, 26.09. 18:00
Mit dem Fahrrad von Hannover nach Istanbul, Reisebericht von Claudia Beckmann und Pat Drenske, Petra Kelly Klub , Senior-Blumenberg-Gang 1 , UG

Di, 30.09. 18:15-20:15
AG Bauen, Wohnen und Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

Di, 30.09. 18:15-20:15
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Mi, 01.10. 18:00-20:00
AG Frauen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG

Di, 21.10. 18:00
Stadtverband Mitgliederversammlung zum Haushalt 2015 der LHH, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG.